

Ergebnisprotokoll
der 30. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Anwesende: I Deputation

rh

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Frau Langenbach
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Dr. Kumpfer
Herr Eickhoff
Frau Dr. Wehlau
Herr Hürter
Frau Honemann
Herr Sowa
Frau Schröder
Herr Knode
Herr Gieseler
Herr Klugkist
Herr Döpkens
Herr Czekaj
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Frau Pieper
Herr Donaubaer

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Künzel Bremer Heimstiftung

IV Gastdeputierte

Herr Hamann	SPD-Fraktion
Frau Schiemann	SPD-Fraktion
Herr Saffe	Fraktion B'90/ Die Grünen
Frau Dr. Schaefer	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Janßen	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 30. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll 19/28 der Sitzung am 19.04.2018• NÖ Protokoll 19/29 der Sitzung am 09.05.2018	
--------------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt den vorgelegten Protokollen zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Siehe Protokoll der 30. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 14.06.2018.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Flächennutzungsplan Bremen, 6. Änderung -Osterholz (Ellener Hof)- <ul style="list-style-type: none">- Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung- Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft	Vorlage 19/438
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Planes zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 07.05.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Planes zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 07.05.2018).

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof -Neuer Ellener Hof- - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft	Vorlage 19/439
--------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass das Baugebiet im KfW 40-Standard errichtet werden solle. Damit könnte ein Standard für alle zukünftigen Baugebiete gesetzt werden.

Herr Saxe findet das Mobilitätskonzept vorbildlich. Erfreulicherweise sei damit das zweite Fahrradmodellquartier in Bremen auf einem guten Weg.

Herr Pohlmann betont, dass dies ein außerordentlich guter Bebauungsplan sei. Er begrüßt Herrn Künzel als Vertreter der Bremer Heimstiftung und bittet ihn um eine kurze Stellungnahme.

Herr Künzel bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Innerhalb relativ kurzer Zeit sei es gelungen, das Projekt voranzubringen

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof (Bearbeitungsstand: 07.05.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2459 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz zwischen Ludwig-Roselius-Allee, westlich Krefelder Straße, Am Hallacker und dem Osterholzer Friedhof – Neuer Ellener Hof (Bearbeitungsstand: 07.05.2018).*

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 132 (zugleich Vorhaben und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des Schuppen 3 - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft	Vorlage 19/440
--------------	---	----------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 132 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des*

Schuppen 3 (Bearbeitungsstand:03.05.2018) abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme sowie ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 132 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines Wohngebäudes in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße, nordwestlich des Schuppen 3 (Bearbeitungsstand:03.05.2018)

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Kirchhuchtinger Landstraße, Alter Dorfweg und An der Höhpost (Bearbeitungsstand: .2018) - öffentliche Auslegung	Vorlage 19/448
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße (Bearbeitungsstand: 28.05.2018) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2474 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Alter Dorfweg und Kirchhuchtinger Landstraße (Bearbeitungsstand: 28.05.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 8	3. FNP-Änderung Bremen – Sebaldsbrück - (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg) - Planaufstellung - öffentliche Auslegung	Vorlage 19/450
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den im Planentwurf zur 3. Flächennutzungsplanänderung bezeichneten Bereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen geändert werden sollen (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Planes zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg) (Bearbeitungsstand 15.05.2018) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 3. Änderung des

Flächennutzungsplanes Bremen für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück (Umweltbildungszentrum Vahrer Feldweg) (Bearbeitungsstand 15.05.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 9	Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung	Vorlage 19/451
--------------	--	----------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass sich das Gelände in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt habe. Das geplante Umweltbildungszentrum und die laufenden und zukünftig geplanten Angebote seien für das Quartier aber auch für die Umweltbildung insgesamt gut und wichtig.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße (Bearbeitungsstand: 15.05.2018) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße (Bearbeitungsstand: 15.05.2018) einschließlich Begründung zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2478 für ein Gebiet in Bremen-Sebaldsbrück zwischen Ludwig-Roselius-Allee, Im Holter Feld, Vahrer Feldweg und Vahrer Straße (Bearbeitungsstand: 15.05.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 10	Bebauungsplan 2370 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland, zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft	Vorlage 19/452
---------------	--	----------------

Herr Imhoff fragt, ob die Umsetzung des Bebauungsplanes gefährdet sein könnte, wenn z.B. im alten Baumbestand Fledermäuse oder andere geschützte Tiere entdeckt werden.

Herr Viering erklärt, dass der Artenschutz immer beachtet werden müsse. In einem solchen Fall werde die Naturschutzbehörde eingeschaltet, um Lösungen zu finden. Z.B. könnten geschützte Arten umgesiedelt werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes 2370 für ein Gebiet in Bremen- Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 29.05.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2370 für ein Gebiet in Bremen- Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 29.05.2018) und bittet um Weiterleitung des Bebauungsplanentwurfes an den Senat und die Stadtbürgerschaft.

Einstimmig

TOP 11	Vorhaben- und Erschließungsplan 27 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Bürogebäudes an der Schwachhauser Heerstraße 266 B und 268 in Bremen-Horn-Lehe - Zustimmung zum Wechsel des Vorhabenträgers	Vorlage 19/446
---------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Wechsel der Vorhabenträgerin zu.

Einstimmig

TOP 12	Bebauungsplan 1270 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum Südwestlich der Friedensheimer Straße - Planaufstellungsbeschluss – Neufassung - beschleunigtes Verfahren gemäß §13a BauGB	Vorlage 19/435
---------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst unter Aufhebung des Planaufstellungsbeschlusses vom 07.06.2001 den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Burglesum südwestlich der Friedensheimer Straße ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1270). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage beschriebenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 1270 für ein Gebiet in Bremen – Burglesum südwestlich der Friedensheimer Straße im beschleunigten

Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.

Einstimmig

TOP 13	Bebauungsplan 1550 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen - Weserstraße 64 – 73 - Weser - Schulkenstraße - Öffentliche Auslegung	Vorlage 19/436
---------------	--	-------------------

Herr Buchholz erinnert daran, dass er bereits im Vorfeld einige Bedenken geäußert und Anregungen zur Gestaltung gegeben hatte. Diese seien nicht berücksichtigt worden. Der Bebauungsplan weise zwei hohe Häuser aus, missachte die historische Situation am Eingang der Weserstraße und das Ortsbildprägende Gebäude werde ohne einen Bezugspunkt darauf entfernt. Seine Fraktion lehne den Bebauungsplan ab, weil nicht berücksichtigt wurde, dass es sich bei dem alten Vulkan- Verwaltungsgebäude um ein Werk des renommierten Architekten Rudolf Jacobs handle und nicht einmal Elemente davon in der neuen Bebauung aufgenommen wurden.

Frau Sprehe führt aus, dass das alte Verwaltungsgebäude nicht unter Denkmalschutz stehe und für den weiteren Ausbau nicht geeignet sei. Der Vorschlag zur Errichtung von zwei Gebäuden sei sachgerecht, insbesondere die Verwendung von Ziegelsteinen in der Fassade, die sich an das übliche Ortsbild anlehne. Die Forderungen des Beirats wurden im Prinzip erfüllt. Schwierigkeiten sehe sie beim Baustellenverkehr, dieser sollte über das Gelände der Gläsernen Werft geführt werden, um die Schulkenstraße zu entlasten. Auch andere Entlastungsmöglichkeiten, z. B. eine Anlieferung mit dem Schiff sollten geprüft werden.

Frau Dr. Schaefer hält die Planung im Vergleich zum ersten Entwurf für gut gelungen. Die Planung nehme die Dachfirstkante der umliegenden Häuser auf. Das alte Gebäude konnte hier nicht erhalten werden, weil es marode und zu keiner Nutzung mehr geeignet ist. Derzeit befinde sich zum Wasser hin eine große versiegelte Parkplatzfläche. Die Planung sehe zwei Gebäude mit viel Grün drum herum vor; quasi in den Stadtgarten integriert. Dies sei ein Fortschritt, auch für den Stadtgarten. Man sollte aus der Vergangenheit lernen und die Bewohner*innen der Weserstraße und Vegesacks insgesamt einbeziehen, um eine hohe Akzeptanz zu erhalten.

Frau Neumeyer hätte ebenfalls gerne Elemente des alten Gebäudes aufgenommen gesehen. Die verkehrliche Anbindung und der Baustellenverkehr seien auch noch nicht geklärt, daher werde sich ihre Fraktion enthalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 1550 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weserstraße 64-73, Weser und Schulkenstraße (Bearbeitungsstand: 06.06.2018) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 1550 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Weserstraße 64-73, Weser und Schulkenstraße (Bearbeitungsstand: 06.06.2018) mit Begründung öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 14	Ersatzbau Eisenbahnüberführung (EÜ) Sebaldsbrücker Heerstraße (Zeppelintunnel) einschließlich Trogbauwerk und Verkehrsanlage Hier: Bau- und Kostenplanung sowie Förderung durch Mittel des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“	Vorlage 19/417
---------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über die Kosten für die Planung und den Bau des Ersatzbaus Eisenbahnüberführung Sebaldsbrücker Heerstraße zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Abschluss der Kreuzungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn AG zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Vorbelastung der zukünftigen Haushalte wegen des Ersatzbaus Eisenbahnüberführung Sebaldsbrücker Heerstraße in Höhe der bremsischen Mittel von rd. 30 Mio. € zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 sowie der Finanzplanung prioritär im Produktplan 68 zu berücksichtigen.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die erforderlichen Finanzierungsbeschlüsse im Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

Einstimmig

TOP 15	BW 214 Erneuerung des Brückenbelages und der Geländer der Geh- und Radwegbrücke im Park Links der Weser über die Ochtum	Vorlage 19/444
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung über 275 TEUR zu.

Einstimmig

TOP 16	BW 2322, Senator-Apelt-Straße, Unterführung Bhf Rablinghausen Erneuerung des Asphalt-Brückenbelages, Teilerneuerung der Übergangskonstruktionen und Betoninstandsetzung der Kappen	Vorlage 19/445
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahmen und der Finanzierung in Höhe von 480 TEUR zu.

Einstimmig

TOP 17	Abbruch und Neubau der Brücke Warfer Landstraße (BW Nr. 350) Hier: Mehrkosten gegenüber der Deputationsvorlage vom 05. März 2015	Vorlage 19/447
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Bau und Verkehr (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der gesamten Finanzierung in Höhe von 615 TEUR zu. Das entspricht Mehrkosten in Höhe von 215.000,- €.

Einstimmig

TOP 18	Mehrbedarf in der Straßenerhaltung beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) für das Jahr 2018	Vorlage 19/449
--------	--	-------------------

Herr Strohmann hält die Vorlage grundsätzlich für gut, hinterfragt aber, ob vor dem Hintergrund der Problematik im Bereich der Straßenerhaltung tatsächlich 600.000 € für Fahrradbügel ausgeben werden sollten.

Frau Sprehe begrüßt die Aufstockung, zumal die Preise für die Straßenunterhaltung gestiegen seien. Leider bedeute dies, dass ein großer Teil der Aufstockung für die gestiegenen Kosten benötigt werde und nicht für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung stehe.

Herr Saxe betont, dass zur Gleichberechtigung der Verkehrsarten auch gehöre, dass man das Geld gleich auf die Verkehrsträger verteile. Bremen habe 25% Fahrradanteil, aber der Fahrradverkehr erhalte bestimmt nicht 25 % der Mittel.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mittelaufstockung von 3,0 Mio. € zugunsten der Erhaltung und Anpassung von Straßen im Wirtschaftsplan SV Infrastruktur zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Finanzierung der Mittelaufstockung von 3,0 Mio. € zugunsten der Erhaltung und Anpassung von Straßen im Wirtschaftsplan SV Infrastruktur dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

Einstimmig

TOP 19	Änderung der Beförderungsentgelte im Sondertarif „Frauennachttaxi“ der Stadtgemeinde Bremen	Vorlage 19/454
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die geplante Erhöhung der Beförderungsentgelte im Sondertarif „Frauennachttaxi“ zur Kenntnis.

TOP 20	„Schule am Pastorenweg“ Ausbau zur gebundenen Ganztagschule und Aufwertung der Schule und des Außengeländes entsprechend dem „Integriertem Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen“	Vorlage 19/394
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der Aufwertung der Schule am Pastorenweg entsprechend dem IEK und dem Konzept der Stadtteilöffnung sowie der aufgezeigten Bau- und Kostenplanung der Entscheidungsunterlage Bau und der aufgezeigten Finanzierung aus Bundesmitteln des Programms „Soziale Stadt“ zu.

Einstimmig

NACH- TRAG TOP 20a)	„Drehscheibe Gröpelingen“ Neubau einer Umsteiganlage und Veränderung der Straßenraumgestaltung der Gröpelinger Heerstraße zwischen Schwarzer Weg und Debstedter Straße	Vorlage 19/459
------------------------------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt die vorgelegte Planung „Drehscheibe Gröpelingen“ zum Neubau der Umsteiganlage (Komponente B) und zum Umbau der angrenzenden Gröpelinger Heerstraße (Komponente C).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Notwendigkeit der frühzeitigen Bestellung der erforderlichen Weichenanlagen und Erstellung der Ausführungsplanung zur Kenntnis und stimmt dieser zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) Deputation stimmt der Vorlage und der dargestellten Finanzierung über 16,72 Mio. € zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die erforderliche Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,675 Mio. € über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

Einstimmig

NACH- TRAG TOP 20b)	Airport-Stadt Mitte – Verlängerung der Hanna-Kunath- Straße Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen	Vorlage 19/457
------------------------------------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer hat prinzipiell ein Problem damit, Kleingartengebiete in Gewerbegebiete umzuwandeln. Dieses Gebiet liege jedoch bereits neben einem Gewerbegebiet und an der

Startbahn, es sei dort sehr laut und belastet durch die Kerosinabgase. Die Neustadt sei vom Fluglärm extrem betroffen und wenn hier diese Lücke beim Lärmschutz geschlossen werde, werde es für die gesamte Neustadt deutlich leiser werden. Der Kleingartenverein werde sich auflösen, weil sich keine Nachfolge im Vorstand finde. Es sei besorgniserregend, wenn der Landesverband der Gartenfreunde von sich aus vorschlage, Kleingartengebiete in Gewerbegebiete umzuwandeln. Es sei Aufgabe des Landesverbandes der Gartenfreunde, dafür zu sorgen, dass das Kleingärtnern wieder attraktiv werde. Es müsse ein Konzept für Nachwuchs für die Kleingartenvereine entwickelt werden. Die Kleingartenordnung sei weder familienfreundlich noch ökologisch.

Es gehe es hier um eine Grünfläche. Voraussetzung für eine Zustimmung sei neben der naturschutzfachlichen Kompensation die geplante Begrünung aller Dächer und ökologisch sinnvolle Bepflanzung und Begrünung der Freiflächen.

Herr Crueger begrüßt dieses Vorhaben. Es sei nicht Aufgabe des Landesverbandes der Gartenfreunde, für Vereine, die sich auflösen müssen, eine Anschlusslösung zu entwickeln. Stadtentwicklung sei ein dynamischer Prozess. An der einen Stelle werden Kleingärten nicht mehr benötigt, an anderer Stelle, in neuen Quartieren könnten sich dafür neue Kleingartenflächen entwickeln. Daher lohne es sich mit den Kleingärtnern und ihrem Landesverband im Gespräch zu sein, insofern werde hier ein guter Weg gegangen.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Sachstandsbericht zur Entwicklung der Flächen in Verlängerung der Hanna-Kunath-Straße zur Kenntnis und stimmt dem aufgezeigten Vorgehen zu.

Einstimmig

TOP 21	Berichte der Verwaltung	
TOP 21a)	Sturmmöwenkolonie in Habenhausen (Krimpelsee)	BdV schriftlich

Frau Dr. Schaefer betont, dass sich ein solcher Vorfall nicht wiederholen dürfe. Die Firma wolle zwar das Netz wieder entfernen lassen, leider seien bereits 20% der Kolonie eingegangen. Das bedrohe die Kolonie. Hier müsse auch wirklich gehandelt werden. Es gebe weitere Kolonien, eine befinde sich auf dem Kellogg's Gelände. Diese müsse bei den Planungen berücksichtigt werden.

Frau Neumeyer schließt sich dem an. Leider wurde so spät eingegriffen, dass viele Tiere verendet seien. Sie beobachte, dass immer mehr Bürger*innen in der Brutzeit Hecken oder Bäume schneiden. Hier müsste es eine Kampagne geben.

Herr Saffe ergänzt, dass es ein ungeheuerliches Vorgehen sei, ein Netz mitten in der Brutzeit zu spannen. Das dürfe sich nicht wiederholen.

Herr Klugkist berichtet, dass das Verfahren beim Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LmTVet) laufe. Verstöße seien Straftaten, je nach Ergebnis der Ermittlungen werde es ggf. der Staatsanwaltschaft übergeben. Andernfalls werde nach Naturschutzrecht ermittelt. Die Kolonie auf dem Kelloggs-Gelände sei bekannt und werde auch berücksichtigt.

Herr Imhoff erwartet, dass Strafen ausgesprochen werden, damit sich so etwas nicht wiederhole. Zur Brut- und Setzzeit haben alle Tierarten Schonzeit, das müsse beachtet werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21b)	Sachstandsbericht „Machbarkeitsstudie Wohnungsbau am Rönnebecker Weserufer“	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21c)	Grünzeitlänge Lichtsignalanlage Leher Heerstr./Vorstraße	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

ausgesetzt

TOP 21d)	Konsequenzen aus dem tödlichen Unfall am Brill	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Saxe nimmt zur Kenntnis, dass die Ermittlungen noch laufen. Es handele sich um eine sehr komplizierte Verkehrssituation am Brill, wo eine Straßenbahn mitten über den Platz fahre und Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen nicht die Aufstellflächen haben, die sie anhand ihrer Anzahl eigentlich benötigen würden. Dort sei ein Unfallschwerpunkt und es müsse daran etwas geändert werden. Er erinnert an den einstimmigen Bürgerschaftsbeschluss zum integrierten Konzept Verkehrssicherheit und mahnt, dieses Konzept nun bald vorzulegen. Bei Verletzten und Toten im Verkehr sei Null-Toleranz angesagt. Hier wolle Bremen besser werden. Verkehrssicherheit sei eine besonders wichtige Aufgabe. Ein integriertes Konzept Verkehrssicherheit bedeute, dass man mit verschiedenen Sichtweisen versuche, die Anzahl der Verletzten und Verkehrstoten nachhaltig zu verändern. Dazu bedürfe es neuer Vernetzungen und neuer Wege.

Frau Sprehe berichtet, dass der Bundesrat am 8. Juni 2018 den Antrag von Bremen und Berlin beschlossen habe, wonach sich die Bundesregierung auch auf EU-Ebene für die Einführung von Abbiegeassistenten einsetzen solle.

Herr Senator Dr. Lohse ist sehr betroffen von dem Unfall, da der Bundesratsantrag kurz vorher auf den Weg gebracht wurde. Das Thema sei bereits seit längerem in der Diskussion. Auch die Verkehrsministerkonferenz habe das Thema aufgegriffen, dort gab es große Einigkeit. Auch die Bundesregierung wolle sich des Themas annehmen. Die Abbiegeassistenten müssten so schnell wie möglich auch in den anderen Ländern eingeführt werden.

Herr Saxe bittet um eine Information, ob einzelne Speditionen in Bremen die Abbiegeassistenten schon benutztten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21e)	Rennbahnquartier Bremen	BdV schriftlich
----------	--------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21f)	Kommunale Wohngeldstelle Bremen 1. Quartalsbericht	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Bücking stellt fest, dass es gelungen sei, im letzten Quartal die Kurve wieder zu senken. Es seien fast 15 Vollzeitstellen vorgesehen, durch den hohen Krankenstand würden aber faktisch rund vier Stellen fehlen. Er möchte wissen, wie die Aussichten seien, die Amtshilfe und den Einsatz der Pool- Kräfte zu verlängern und bis wann der Rückstand abgearbeitet sein werde.

Herr Staatsrat Deutschendorf betont, dass alle Beteiligten sich der sozialpolitischen Bedeutung und des dringenden Handlungsbedarfs bewusst seien. Das Ressort arbeite intensiv und mit vollem Einsatz daran, so schnell wie möglich die Situation zu verbessern. Eine umfangreiche Prozessoptimierung unter Einbeziehung der Mitarbeiter*innen werde zum 1. August umgesetzt. Seit dem letzten Bericht sei man deutlich besser geworden. Der Rückstand betrage aktuell max. ein halbes Jahr und unter 900 Anträgen. Es konnten Stellen nachbesetzt werden und man habe fünf Pool-Kräfte, um die Situation zu verbessern. Die Verlängerung der Einheit Mobile Unterstützung (EMU) über Juni hinaus sei beantragt. Ein Teil des Krankenstandes sei zwar nicht zu beeinflussen und stehe auch nicht direkt im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung. Gleichwohl sei durch die Prozessoptimierung und den Abbau der Rückstände zu erwarten, dass sich die Arbeitssituation für die Mitarbeiter*innen verbessere und der Krankenstand gesenkt werden könne. Das Ziel sei, dass jeder Antrag schnellstmöglich und in einer zumutbaren Frist bearbeitet werde, auch wenn noch nicht zuverlässig gesagt werden könne, wann dieses Ziel erreicht sein werde.

Herr Janßen stellt fest, dass auch ein halbes Jahr Altfälle völlig indiskutabel sei. Die Menschen seien auf diese Leistungen angewiesen. Er unterstellt, dass im Bereich der Genehmigung von Schwerlasttransporten bei einem Rückstand schon lange Zielzahlen vereinbart worden wären. Ein Rückgang sei zu erkennen, aber auch die Zielsetzung einer Bearbeitungszeit von drei Monaten sei für die Personen, die darauf angewiesen seien, enorm und könne bei den Betroffenen dramatische Lebenslagen hervorrufen. Das Ziel müsse sein, den Berg schneller abzubauen, als bisher.

Herr Hamann teilt im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich, dass es um eine wichtige sozialpolitische Maßnahme gehe. Wenn diese EMU-Kräfte abgezogen würden, stelle sich erneut das Problem. Daher bittet er ausdrücklich um nähere Auskunft, wie Politik und Deputation hier unterstützen könnten. Denn die Menschen, die Wohngeld beantragen, seien auf das Geld auch angewiesen. Er erwarte, dass die Zielzahlen schnellstmöglich erreicht werden.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass der 3-Monatszeitraum bundesgesetzlich vorgegeben sei. Das bedeute nicht, dass jeder Vorgang so lange dauere, sondern dass auch der komplexeste Fall innerhalb von drei Monaten bearbeitet sein sollte. Der Senat lasse sich regelmäßig über den Sachstand berichten. Dort würden auch Entscheidungen über personelle Verstärkungen fallen, diese lägen nicht in der Hand des Ressorts. Bei den Genehmigungen für Großraum- und Schwerlasttransporte werde das Personal durch Gebühreneinnahmen refinanziert, daher habe man dort mehr Spielraum. Die EMU- Kräfte werden von anderen Ressorts oder anderen Abteilungen zur Verfügung gestellt und reißen dort Lücken. Man wisse das zu schätzen, aber wenn die entsendenden Einheiten ihre Leute wieder für eigene Aufgaben brauchen, müsse man damit umgehen. Die personelle Situation sei auch der PEP-Quote geschuldet, die Jahr für Jahr über die Verwaltung hinwegrolle. Er nehme die Situation außerordentlich ernst und setze alles daran, die Situation in den Griff zu bekommen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21g)	Verwendung von LD-Schlacken	BdV schriftlich
----------	-----------------------------	-----------------

Herr Imhof bittet um Aufklärung, weshalb die einmalige Beprobung der Schlacke vom Ressort aus niedrigere Werte hatte und zwei Beprobungen von anderer Seite durch unabhängige Institute wesentlich Grenzwertüberschreitungen ergeben hätten.

Frau Kamp stellt klar, dass das Ressort keine Probe mit niedrigeren Werten genommen hatte. Sondern die BI habe Proben genommen, weil sie grundsätzlich den Einsatz von LD-Schlacke im Wegebau kritisch sehe. Das gehe zurück auf einen Bericht von buten un binnen, in dem berichtet wurde, dass in der Gemeinde Achim LD-Schlacke nicht benutzt werde und in Bremen sei es aus Umweltgründen nicht angemessen. Daraufhin habe das Ressort bei der Gemeinde Achim nachgefragt und die Auskunft erhalten, dass aus Tragwerksgründen, also aus Festigkeitsgründen im normalen öffentlichen Straßen- und Wegebau dieses Material in Achim nicht eingesetzt werde. Umweltgründe lägen dem nicht zugrunde. Dass die BI diese polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffverbindungen (PAK) gefunden habe, sei auf einen Fehler im Betriebsablauf bei Acelor Mittal Bremen (AMB) zurückzuführen, der erst im Nachhinein aufgedeckt wurde. AMB habe dann sofort Proben veranlasst, bei denen diese hohen Werte, die nicht hätten drin sein dürfen, bestätigt wurden. Daraufhin habe sich AMB sofort selbst verpflichtet, dieses Material wieder auszubauen. Acelor Mittal Bremen habe mitgeteilt, dass diese Schlacke ausschließlich in dieser einen Zuwegung verbaut wurde. Das hätte nicht passieren dürfen, AMB habe dafür die Verantwortung übernommen. Das betreffe aber nur diese eine verunreinigte Charge.

Herr Staatsrat Meyer erklärt, dass LD-Schlacke ansonsten als Baumaterial auch aus ökologischer Sicht zulässig sei. Diese Frage war in Österreich sehr ausführlich diskutiert worden, dort habe man Greenpeace beauftragt und diese sei auch zu dem Ergebnis gekommen, dass man LD-Schlacke als Baumaterial verwenden könne. Abgesehen von dem technischen Fehler bei AMB gebe es keinen Grund, auf die Verwendung von LD-Schlacke zu verzichten. Das Vorgehen sei mit den anderen Bundesländern, z.B. in den technischen Regeln der Bund/Länder- Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA), so abgestimmt.

Auf die Frage von **Herrn Imhoff** bestätigt **Herr Staatsrat Meyer**, dass die Stadt Achim die LD-Schlacke nur aus bauphysikalischen Gründen nicht einsetze.

Herr Kumpfer erläutert, dass Schlacken je nach Entstehungsprozess Schadstoffe enthalten können, die bei der Stahlerzeugung anfallen. Dafür gebe es Grenzwerte. Deren Einhaltung werde im regelmäßigen Produktionsablauf kontrolliert. Werden die Grenzwerte eingehalten, sei ein Einbau entsprechend den Vereinbarungen der LAGA unbedenklich. PAK treten normalerweise im Produktionsprozess nicht auf und wurden daher nicht geprüft. In diesem Fall entstanden Sie durch eine Störung, hervorgerufen durch die Entgleisung einer Lore. AMB habe zugesagt, die Schlacke künftig auch auf PAK zu untersuchen.

Herr Janßen weist darauf hin, dass es Einschränkungen für den Einsatz von Schlacke gebe, z. B. in Überschwemmungsgebieten, auf Bolzplätzen und auf Kinderspielflächen. Folglich seien die Inhaltsstoffe nicht ganz so unproblematisch. Eine Verwendung als Baumaterial sei besser, als zu deponieren. Aber LD-Schlacke sei kein unbedenklicher Baustoff, sondern bedürfe einer Kontrolle.

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass es für solche Schlacken unterschiedliche Zuordnungsklassen gebe, die für die Verwendung entscheidend seien. Für den Unterbau von Straßen gelten andere Werte als in Gärten von Wohnbebauung, auf Kinderspielplätzen oder in Überschwemmungsgebieten. Wenn man die Kreislaufwirtschaft ernst nehme, sei es sinnvoll und richtig, die Schlacke so zu verwerten. In diesem konkreten Fall stimmte durch die

Verunreinigung die Zuordnungsklasse nicht mehr, so dass diese Charge nicht hätte verwendet werden dürfen.

Auf Nachfrage von **Frau Dr. Schaefer** berichtet **Frau Kamp**, dass in der Zuwegung zur Windkraftanlage Am Bultensee der Einsatz von LD-Schlacke nicht vorgesehen sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21h)	Grundstücke für Baugemeinschaften und Vergabe von Bauland an Baugemeinschaften -Folgebericht-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21i)	Anwendung der Kriterien für den Gewerbepark Hansalinie sicher stellen	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

ausgesetzt

TOP 22	Verschiedenes	
TOP 22a)	Umgang mit dem aktuellen Riss durch einen Wolf	

Anlässlich der Berichtsbitten von **Jens Crueger**, **Jan Saffe** und **Frank Imhoff** aufgrund des aktuellen Vorfalls eines Schafsrisses in Oberneuland berichtet **Herr Senator Dr. Lohse**. Das Thema habe auch die Umweltministerkonferenz (UMK) sehr intensiv beschäftigt. Bundesweit gebe es in vier Ländern eine ganze Reihe von Wolfsrudeln und eine ganze Anzahl von Einzeltieren; in Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen. Die UMK habe Aufträge erteilt, um Fragen der Länder zu klären. Spätestens im November werde es dazu einen nächsten Bericht in der UMK geben. Eine Staatsräte Ad Hoc- AG beschäftige sich mit Fragen was ist ein auffälliger Wolf, was sind Herdenschutzmaßnahmen, wie hoch müssen Zäune sein usw.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt. Das Bundesland Bremen verfüge nach der letzten Zählung über 254 Schafe. Zwei davon wurden in der letzten Woche gerissen. Die Wolfsberaterin habe sich vor Ort ein Bild von der Lage gemacht und DNA-Proben genommen, um zu überprüfen, ob es sich um einen Wolfsriss handele. Wenn es ein Wolf war, dann habe der Schafhalter Anspruch auf Entschädigung. Dabei sei die Frage unerheblich, ob die Weide eingezäunt war oder nicht. Beim nächsten Treffen der Ad Hoc- AG werde es im Wesentlichen um die Fragestellung gehen, welche Möglichkeiten der § 47 des Bundesnaturschutzgesetzes biete. Dort gehe es um die Frage, wann ein Wolf entnommen werden dürfe, wann ist er auffällig und welche Möglichkeiten biete dann das BNatSchG, einen Wolf auch rechtssicher zu entnehmen. Das sei auch insofern wichtig, weil am Ende in den Bundesländern einzelne Personen eine Abschussgenehmigung unterschreiben müssten und aus aktuellem Anlass wisse man, dass dann eine Reihe von Klagen zu erwarten seien. Deswegen prüfe man derzeit zusammen mit den anderen, deutlich stärker betroffenen Ländern, wie der rechtssichere Weg aussehe. Dazu befinde sich ein Papier des Bundes aktuell in der Abstimmung mit den Ländern.

Herr Imhoff betont, dass es einzelne Problemtiere und -rudel gebe, aber auch viele Rudel, die keine Probleme machen würden. Es müssten rechtlich abgesicherte Entscheidungen gefällt werden, um diese Problemtiere entnehmen zu können. Er distanziert sich ausdrücklich von

Aufrufen zu gesetzwidrigen Entnahmen oder Selbstjustiz. Bei den Problemtieren müsse man gesetzeskonform und schnell zu einer Lösung kommen.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Beleuchtung im Schriefersweg	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Schiemann	Zu einer der nächsten Sitzungen
-------------------------------------	--	--

Herr Pohlmann schließt die 30. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll